

Digitalpolitik

Die Digitalisierung betrachten wir grundsätzlich positiv. Sie bietet einfachen Zugang zu Wissen, dient der Inklusion und vernetzt uns unabhängig von Herkunft oder ökonomischen Möglichkeiten. Die Digitalisierung birgt aber auch Risiken. Um unsere Konsumlust zu stillen, nehmen wir im Ausland massive Umweltverschmutzung und Ausbeutung beim Abbau von Rohstoffen und der Produktion von Geräten in Kauf. Um dem vorzubeugen, braucht es langlebige und nachhaltige Geräte. Durch die Vorherrschaft grosser Konzerne im Internet geben wir unser gesamtes Leben preis, meistens ohne dies zu wissen. Eine Offenlegung der gesammelten Daten ist nötig. Wir fordern Transparenz.

Die Jungen Grünen fordern:

- Dass der Internet-Zugang Service Public ist, wobei der Staat Netzneutralität garantiert.
- Eine durch eine öffentlich-rechtliche Institution als Gemeingut (Allmende, im Besitz aller) gebaute und unterhaltene Telekommunikations-Infrastruktur.
- Keine flächendeckende staatliche Überwachung des Internets und keine Vorratsdatenspeicherung.
- Eine aktive und allgemeinverständliche Kommunikation der Webdienste darüber, welche Daten sie sammeln und wozu diese verwendet werden.
- Das Recht auf Vergessen: Nutzer*innen können die Löschung und Aushändigung aller persönlichen Daten beantragen, die ein Webdienst über sie gesammelt hat.
- Dass staatliche Einrichtungen auf Open-Source-Software setzen.
- Dass Software, die aus öffentlicher Hand finanziert wird, quelloffen sein muss. Ausnahmen gibt es lediglich bei kritischer Infrastruktur.
- Ein E-Voting Moratorium.
- Dass bei neuen Technologien das Vorsorgeprinzip gelten muss.
- Keine Netzsperrern.